



PROTOKOLL

der Frühlings-Delegiertenversammlung 2015

- Datum:** Mittwoch, 15. April 2015 – 10.00 h bis 15.45 h
- Ort:** Konzertsaal Stadttheater, Frohburgstrasse 1, Olten
- Anwesend:** 97 Delegierte (gemäss Eintrag Delegiertenverzeichnis), Vorstands- und Kommissionsmitglieder, Mitarbeitende der Geschäftsstelle, LizenznehmerInnen, PressevertreterInnen und Gäste gemäss Präsenzliste
- Leitung:** Urs Brändli, Präsident Bio Suisse
- Protokoll:** Christian Voegeli, Verbandskoordination
-

TRAKTANDENLISTE

1 Statutarische Geschäfte

- 1.1 Begrüssung, Traktandenliste, Stimmzähler
- 1.2 Protokoll der DV vom 12. November 2014
- 1.3 Jahresbericht 2014
- 1.4 Abnahme der Jahresrechnung 2014 inkl. Bericht Revisionsstelle und GPK

2 Wahlen und weitere Beschlüsse

- 2.1 Verabschiedung Danielle Rouiller
- 2.2 Ersatzwahl von einem Vorstandsmitglied

3 Richtliniengeschäfte

- 3.1 Pflanzenzüchtung und -vermehrung
- 3.2 Graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion (GMF)

4 Informationsgeschäfte

- 4.1 Bericht über politische Geschäfte
- 4.2 Referat Hans Rudolf Herren, Biovision

1 Statutarische Geschäfte

1.1 Begrüssung, Traktandenliste, Stimmzähler

Urs Brändli (Präsident) und Danielle Rouiller (Vize-Präsidentin) heissen die Delegierten im Namen des Vorstandes willkommen, Daniel Bärtschi (Geschäftsführer) im Namen der Geschäftsstelle. Danielle Rouiller ist zum letzten Mal als Vorstandsmitglied an einer DV. Sie dankt für das Vertrauen und wünscht sich eine nachhaltige „Knospe“, auf der Gratwanderung zwischen Unabhängigkeit, Glaubwürdigkeit und Marktgesetzen, zwischen Familienbetrieben und industrialisierter Landwirtschaft und zwischen der Herausforderung, die Weltbevölkerung zu ernähren und Luxusprodukte herzustellen. Auf der Geschäftsstelle gab es einige personelle Änderungen. Die Leiterin Finanzen, Personal und Administration (FPA) und stellvertretende Geschäftsführerin Doris Schwarzenbach tritt nach 18 Jahren in den Ruhestand. Sie wird nach der Mittagspause offiziell verabschiedet. Neue Leiterin FPA wird Marion Bollmann. Im Stab des Geschäftsführers arbeiten neu Urs Guyer als Leiter Bildung, Forschung und Innovation und Pascal Olivier, Leiter der Antenne Romande, neu geschaffene Zweigstelle in Lausanne.

Entschuldigungen: Urs Gantner (Bioterra), Claudio Gregori (Vorstand), André Horisberger (FK Ackerkulturen), Peter Jossen (Bioinspecta), Werner Scheidegger (ehemaliger Präsident), Ueli Steiner (Bioinspecta), Lukas Studer (FK Zierpflanzen) und Paul Wüthrich (Bio Test Agro). Als Stimmzähler gewählt werden, Gion-Franzestg Schaniel (Bio Grischun), Chef Versammlungsbüro, Andreas Steinemann (Demeter), Dieter Scheibler (Bio Aargau), Fadri Riatsch (Bio Grischun), Berta Reichlin (Bio Schwyz) und Jean-Yves Clavien (Biovalais).

Die Traktandenliste wird ohne Änderungen gutgeheissen. Sechs Anträge, zu traktandierten Geschäften, sind seit dem DV-Versand eingegangen (sie werden in den betreffenden Geschäften vorgestellt). Weitere Anträge können im Versammlungsbüro deponiert werden. 100 Delegierte und 38 Ersatzdelegierte aus den 32 Bio Suisse Mitgliedorganisationen wurden statutengemäss einberufen. Die DV ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten im Saal vertreten ist (Statuten Art. 22). Bis Versammlungsbeginn haben sich 86 Delegierte respektive deren Ersatzdelegierte eingeschrieben und die Stimmkarte (inkl. Tagungsgeld) abgeholt. Insgesamt sind 97 Delegierte an diesem Tag anwesend!

⇒ **Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig.**

1.2 Protokoll der DV vom 12. November 2014

Zum Protokoll gibt es weder Fragen, Wortmeldungen noch Ergänzungen. Das Protokoll wird einstimmig genehmigt, mit Dank an den Protokollführer.

1.3 Jahresbericht 2014

Urs Brändli und Daniel Bärtschi berichten anhand von Bildern und Fakten über das Verbandsjahr 2014. Der Jahresbericht liegt in gedruckter Form auf. 2014 hat der Vorstand die Nachhaltigkeit zum zentralen Thema erklärt. Damit ist aber erst der Startschuss gegeben. Bio Suisse will nicht stehen bleiben. „Die Nachhaltigkeit wird uns auch in den weiteren Jahren begleiten“, erklärt der Präsident. Vergangenen Sommer wurden Nachhaltigkeitsthemen mit den Präsidentinnen und Präsidenten der Gremien und Mitgliedorganisationen an einer Denkwerkstatt vertieft. Bio Suisse konnte im letzten Jahr wiederum hervorragende Knospe-Produkte aus den Kategorien Verarbeitete Obst-, Gemüse-, Getreide- und Kartoffelprodukte mit der „Gourmet Knospe“ auszeichnen. Die Fachjury hat 62 Produkte auserkoren, die das Zusatzlabel erhielten. Eine Spitzenköchin aus St-Gallen meinte gar, sie hätte noch nie solch schmackhafte Dörrbohnen gegessen. Der Verband vernetzte sich weiter mit der Leading Organic Alliance, einer Gruppe von führenden Verbänden in ganz Europa und pflegte den Austausch mit den Partnerverbänden aus Deutschland und Österreich. Bio Suisse unterstützt aktiv Forschungsprojekte, Züchtung, Bildung und Beratung sowie Projekte in den Mitgliedorganisationen. Die Strukturreform wurde 2014 verabschiedet, die Umsetzung 2015 wird Zeit beanspruchen.

Daniel Bärtschi kann eine positive Entwicklung präsentieren. Die Zahl der Mitgliedbetriebe hat zugenommen, während die Landwirtschaftsbetriebe in der Schweiz einen Rückgang von zwei Prozent zu verzeichnen haben. Insbesondere in der Westschweiz soll das Wachstum in Ackerbaugeregungen weitergehen. Auch wenn das Talgebiet stärker zugelegt hat als das Berggebiet, sind beide nach wie vor unterrepräsentiert. Erfreulich ist, Bioprodukte haben ihren Markt und der nimmt zu, 2,2 Mia. Franken, plus 7,5 Prozent gegenüber 2013. Der Geschäftsführer präsentiert auf Bildern Aktivitäten von Bio Suisse z.B. Melkwettbewerb, Promotion Früchte und Gemüse, Schweizer Jätmeisterschaft, Bioackerbautag am Bioschwand in Münsingen. Mit den Projekten ProVieh und Förderung der Biodiversität werden die Betriebe in der Entwicklung unterstützt. Stark beschäftigt haben die Gründung der ICB AG. Die Importzertifizierung ist damit ausgelagert, die Akkreditierung voll auf Kurs. „Wir warten nur noch auf den Stempel des Bundes“, erklärt Daniel Bärtschi.

1.4 Abnahme der Jahresrechnung 2014 inkl. Bericht Revisionsstelle und GPK

Wendel Odermatt, Vorstand: „Ich habe die freudige Aufgabe, die sehr gute Rechnung zu präsentieren“. Auf Grafiken und Tabellen zeigt er die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im Mehrjahresvergleich und Folien mit Zusammenstellungen über die Verwendung der Gelder des Verbandes Schweizer Milchproduzenten SMP (928'000 Franken), die Verwendung der Knospe-Ackerbaubeiträge (183'000 Franken), Gelder die ans FiBL bezahlt wurden (1'095'800 Franken) und Rückstellungen und Reserven. Die Bilanz und Erfolgsrechnung, inklusive interner Abschluss mit Budget- und Vorjahresvergleich, wurden den Delegierten im DV-Versand am 10.3.2015 zugestellt. Die Erträge liegen bei rund 14,773 Mio. Franken und somit 1,743 Mio. Franken oder 13,4 Prozent über dem Budget. Zu diesem sehr guten Resultat hat insbesondere die nach wie vor grosse Nachfrage nach Bioprodukten beigetragen. Wendel Odermatt erklärt die grösseren Budgetabweichungen. Überschreitungen sind hauptsächlich auf die vollständige Überarbeitung der Richtlinien (Übersetzungen Richtlinien in fünf Sprachen wurde massiv unterschätzt), die Vorbereitung zur Akkreditierung, die Qualitätssicherung der Betriebszertifizierungen Ausland, die Förderung der Biodiversität sowie die Initiierung der Projekte ProVieh und zellfusionsfreier Biogemüsebau zurückzuführen, ebenso auf das erweiterte Weiterbildungsangebot für die Mitarbeitenden. Die Ausgaben von 14,737 Mio. Franken liegen mit 1,434 Mio. Franken oder 10,8 % über dem Budget. Aufgrund des guten Abschlusses wurden Rückstellungen in Höhe von 580'000 Franken getätigt, für folgende Projekte: Antenne Romande, Projekt ProVieh, Produktion neuer TV-Spot, vollständiges Redigieren der Texte auf der Website, IT-Projekte für die webbasierte Warenflusskontrolle und den weiteren Ausbau der Datenbanken. Ausserordentliche Betriebskosten betragen 834'400 Franken (Abschreibungen, MWST und zurückgestellte Gelder). Es resultiert ein Einnahmeüberschuss von 35'700 Franken. Der Vorstand beantragt, den Einnahmeüberschuss für Pflanzenzüchtungsprojekte zu verwenden.

Urs Brändli: Der Revisor Gottfried Rupprecht von der Firma Trevision Treuhand und Revision AG, hat in Basel die Rechnung im Auftrag der DV geprüft. Der Revisionsbericht wurde im DV-Versand verschickt. Es gibt keine Fragen an die Revisionsstelle. Susanne Häfliger-Stäubli, GPK, beantragt, die Jahresrechnung 2014 zu genehmigen und dem Vorstand Entlastung zu erteilen. Der GPK-Bericht wurde mit den DV-Unterlagen verschickt. Die Delegierten haben keine Fragen zum Bericht.

Ueli Künzle, Bergheimat, hat am 7.4.2015 einen Antrag zur Form der Jahresrechnung eingereicht. Erstens: In der Tabelle „Interner Abschluss mit Budget und Vorjahresvergleich“ ist eine Spalte mit der Differenz in Prozent zum Vorjahresabschluss einzufügen. Zweitens: Bei den Leistungselementen in der Rechnung, sind grössere Abweichungen gegenüber dem Vorjahresabschluss konkret zu begründen. Der zweite Teil wurde vor zwei Jahren bereits gestellt und von der DV genehmigt. Bergheimat ist mit der Umsetzung jedoch noch nicht zufrieden.

Urs Brändli: Der Vorstand ist der Ansicht, dass der zweite Teil bereits umgesetzt ist. Der erste Teil im Antrag wäre umsetzbar. „Ob dann die Unterlagen übersichtlicher werden, wagen wir zu bezweifeln“, erklärt der Präsident. Prozentzahlen sind bei kleinen Beträgen wenig aussagekräftig.

Vitus Schafer, Bio Freiburg, hat am 13.4.2015 gemeinsam mit Bio Grischun und Bio Glarus einen Antrag zur Budgetierung mit folgendem Wortlaut eingereicht. „Ab 2016 werden vier Prozent des Bio Suisse Budgets zur Stärkung der Regionen oder Mitgliedorganisationen verwendet (bisher ca. zwei Prozent).“

Diese Mittel werden den regionalen Mitgliedorganisationen im Verhältnis zur Anzahl Erstmitglieder vergütet (Basisbeitrag für jede Mitgliedorganisation: 5'000 Franken (bisher 3'000 Franken)). Die Auszahlung der Gelder ist an folgende Bedingungen geknüpft: Die Mittel werden zur Förderung des biologischen Landbaus als umwelt-, tier- und menschengerechte Anbauweise und der Steigerung der Nachfrage und des Angebots an Produkten aus schweizerischer biologischer Produktion eingesetzt (analog Bio Suisse Statuten). Die Mitgliedorganisationen sind über die Verwendung der Gelder ihren Mitgliedern Rechenschaft schuldig.“ Begründung: Der Rechnungsabschluss 2014 weist Mehreinnahmen gegenüber dem Budget von 1,7 Mio. Franken aus, also etwa die Höhe der Mitgliederbeiträge der Produzenten. Es ist bereits zur Selbstverständlichkeit geworden, dass die Abschlüsse in Millionenhöhe gegenüber dem Budget resultieren. Das ist soweit erfreulich. Durch riesige Rückstellungen, um später vielleicht verschiedene Projekte zu finanzieren, ist es gelungen den Gewinn auf anständige 35'000 Franken zu reduzieren. Unbehagen bis Kopfschütteln konnte an der Präsidentenkonferenz festgestellt werden. Demgegenüber konnten in den Mitgliedorganisationen (MO) zu viele Projekte nicht durchgeführt werden. MO-Projekte wurden abgelehnt, mit der einfachen Begründung, nicht dem Reglement zu entsprechen. Anderen MOs fehlten einfach die Ressourcen, um ihre Aufgaben zu erledigen. Die Regionen brauchen mehr Mittel und weniger Bürokratie, um an vielen kleinen Orten, mit vielen Helfern, viele kleine Aktivitäten durchzuführen, ohne viel Formalismus. Dazu werden etwas mehr Mittel gebraucht. „Schenken wir ihnen doch unser Vertrauen“, fordert der Präsident von Bio Freiburg.

Urs Brändli: Dankt für das „frühzeitige“ Einbringen des Budgetantrages 2016. Über das Geschäft kann an dieser DV allerdings nicht abgestimmt werden, da das Geschäft nicht ordentlich traktandiert ist. Statuten Art. 11 Abs. 3 verlangt, dass Anträge für die Aufnahme von Geschäften auf die Traktandenliste der DV dem Vorstand bis acht Wochen vor der Versammlung einzureichen sind. Das Budget 2016 ist heute nicht traktandiert. Der Antrag kann heute vorgestellt werden. Der Vorstand nimmt das Anliegen mit in den Budgetierungsprozess. Der Antrag ist registriert und wird im Herbst zur Abstimmung kommen. Wie an der Präsidentenkonferenz angekündigt, plant der Vorstand eine externe Evaluation der Gelder Stärkung MOs durch die Hochschule für Landwirtschaft HAFL.

Vitus Schafer, Bio Freiburg, verlangt zehn Minuten Timeout um sich mit den Antragstellern abzusprechen: „Damit hat unser Verständnis für Demokratie nicht gerechnet“. Urs Brändli lässt über eine Pause von zehn Minuten abstimmen. 56 Delegierte stimmen für eine Unterbrechung, 39 stimmen dagegen. Die Versammlung geht in zehn Minuten weiter. Vitus Schafer, Bio Freiburg: „Wir akzeptieren diese Statuten“. Ein Hinweis vor der Versammlung hätte rote Köpfe verhindert. Wann muss ein Antrag eingereicht werden, damit im Budget etwas verändert werden kann? Jakob Zentner, Bio Glarus: Wie gedenkt der Vorstand im Herbst das Budget zu präsentieren, respektive wie wird mit einer möglichen Veränderung im Herbst umgegangen? Urs Brändli: „Wir werden den Antrag sehr ernst nehmen“. Möglicherweise wird der Vorstand zwei Anträge stellen. Christoph Meili, Biofarm, würde den Antrag gerne heute diskutieren. Urs Brändli: An der Sommer-Präsidentenkonferenz im Juni, gibt's Zeit den Antrag und das Budget zu diskutieren. Thomas Herwig, Bio-Jura: Sollte eine Verdoppelung der Beiträge an die MOs beantragt werden, werden wir den Antrag stellen, die Gelder nicht mehr nach Mitgliedern, sondern nach Fläche auszuschütten.

Meinrad Betschard, Bio Schwyz, fordert Bergheimat auf, den Antrag zur Form der Jahresrechnung zurückzuziehen: „Ich habe noch nie eine so übersichtliche Rechnung gesehen wie heute“. Auch die Begründungen der Abweichungen sind klar. Die Verwendung der SMP-Gelder ist nach langjährigem Ringen endlich dargestellt. Die Jahreszahlen vom vorhergehenden Abschluss sind aufgeführt, deshalb braucht es keine zusätzlichen Prozentangaben.

Abstimmung Antrag Bergheimat zur Form der Jahresrechnung

- ? Soll der Antrag von Bergheimat zur Form der Jahresrechnung angenommen werden?
☞ **{14 Stimmen}**
- ? Soll der Antrag abgelehnt werden? ☞ **{grosse Mehrheit}**
- ? Enthaltungen? ☞ **{wenige Stimmen}**

Abstimmung Annahme der Jahresrechnung

? Wer will die Jahresrechnung 2014 annehmen und den Einnahmeüberschuss von 35'700 Franken gemäss Antrag verwenden (Pflanzenzuchtungsprojekte) und somit dem Vorstand Entlastung erteilen?

☞ **{grosse Mehrheit}**

? Wer lehnt die Jahresrechnung ab? ☞ **{1 Stimme}**

? Enthaltungen? ☞ **{2 Stimmen}**

⇒ **Die Rechnung 2014 inklusive Revisionsbericht und Geschäftsprüfungsbericht wird mit grossem Mehr und einer Gegenstimme, genehmigt. Der Einnahmenüberschuss von 35'700 Franken wird für Pflanzenzuchtungsprojekte verwendet. Die DV erteilt dem Vorstand Entlastung für die Führung der Geschäfte im Jahr 2014.**

2 Wahlen und weitere Beschlüsse

2.1 Verabschiedung Danielle Rouiller

Urs Brändli verabschiedet das Vorstandsmitglied Danielle Rouiller und dankt der engagierten Biobäuerin und Agronomin für ihr Engagement im Verband und der Biobewegung. Die Biobäuerin aus dem Kanton Neuenburg hat 11 Jahre im Bio Suisse Vorstand mitgewirkt und in dieser Zeit die Ressorts Finanzen und Personal und dann Bildung und Forschung geführt. Seit April 2012 amtierte sie zudem als Vizepräsidentin.

2.2 Ersatzwahl von einem Vorstandsmitglied

Als Ersatz für Danielle Rouiller wird ein neues Vorstandsmitglied für die verbleibende Amtszeit von einem Jahr gewählt. Eine Kandidatin hat sich für den freien Sitz gemeldet: Christina de Raad Iseli aus La Sarraz VD und Präsidentin der Genossenschaft Progana. Das Amt wurde im bioaktuell 1/15 und auf der Bio Suisse Homepage ausgeschrieben. Der Kurzlebenslauf und das Motivations schreiben sowie das Empfehlungsschreiben von Progana vom 1.2.2015 wurden auf der Bio Suisse Internetseite veröffentlicht und den Delegierten per Email verschickt.

Christina de Raad Iseli stellt sich vor (Details siehe Lebenslauf). Sie arbeitet zu hundert Prozent auf dem eigenen Knospe-Betrieb, ihr Ehemann zu 30%. Im Betrieb ist ebenfalls eine Angestellte tätig, was ihr die Flexibilität gibt, die Zeit für das Vorstandsamt aufzubringen.

Etienne Clerc, Progana, empfiehlt Christina de Raad zur Wahl. Sie amtiert seit zwei Jahren als Präsidentin von Progana und ist zuständig für die Messen. Sie vertritt die Genossenschaft kompetent und mit Brillanz. Natürlich wird sie Progana fehlen, die Organisation funktioniert jedoch gut und somit wird Progana die Veränderung verkraften können.

Matthieu Glauser, Bio-Vaud, stützt mit viel Freude die Kandidatur von Christina de Raad. Sie ist eine sehr innovative Persönlichkeit und hat sich für die Entwicklung des Bioackerbaus und des Biomarktes verdient gemacht.

Ersatzwahl von einem Vorstandsmitglied

? Wer wählt Christina de Raad Iseli in den Vorstand? ☞ **{grosse Mehrheit}**

? Gegenmehr? ☞ **{nicht erhoben}**

? Enthaltungen? ☞ **{nicht erhoben}**

⇒ **Gewählt für die verbleibende Amtszeit von einem Jahr im ersten Wahlgang ist Christina de Raad Iseli aus La Sarraz VD.**

3 Richtlinienengeschäfte

3.1 Pflanzenzüchtung und -vermehrung

Monika Rytz, Vorstand: Die Grundsätze in den Richtlinien in Teil II Kap. 2.2 Pflanzenzüchtung und -vermehrung sollen wie folgt ergänzt werden: „Auf Knospe-Betrieben sind nur Sorten zugelassen, die allen Knospe-Produzenten in der Schweiz zugänglich sind“. Der Vorstand will damit verhindern, dass einzelne Knospe-Betriebe ein Exklusivrecht für den Anbau einer Sorte erlangen können. Auslöser für den Antrag war die Firma Terralog, die die Kartoffelsorte Vitabella exklusiv ausgewählten Produzenten zur Verfügung stellt. Dies wurde verbandsintern diskutiert und hat zum Antrag an die DV geführt. Im Kapitel Pflanzenzüchtung werden auch weitere Änderungen beantragt, die haben aber inhaltlich keine Auswirkung auf die Praxis. Insbesondere werden einige Abschnitte auf Weisungsstufe in den Richtlinien verschoben. Der Vorstand beantragt eine Änderung des am 10.3.2014 verschickten Antrages. Der Satz, „Auf Knospe-Betrieben sind grundsätzlich nur Sorten zugelassen, die allen Knospe-Produzenten in der Schweiz zugänglich sind.“, soll mit dem Begriff „grundsätzlich“ ergänzt werden. Dies ermöglicht, innovative Sorten trotzdem einzusetzen, auch wenn diese nicht sofort für alle zugänglich sind. Ohne das Wort „grundsätzlich“ besteht Gefahr, dass der Biolandbau innovative Sorten nicht einsetzen kann.

Der Sortenschutz soll mit der neuen Regelung nicht tangiert werden. Sortenschutz stellt sicher, dass die Sorte nach Ablauf des Sortenschutzes für alle frei zugänglich wird. Lizenzen für Züchtungsarbeit sind möglich und erwünscht. Die Richtlinienänderung bezweckt nicht, dass ein Pflanzenzüchter nichts mehr erhält. Lizenzgebühren auf Sorten sind weiterhin möglich. Die Züchtungsarbeit ist angewiesen auf die Finanzierung über Lizenzen. Die Sorten müssen aber allen Betrieben zur Verfügung stehen. Wenn eine Sorte jedoch mit einer Marke geschützt wird und nur einer restriktiven Anzahl Betrieben zur Verfügung gestellt wird, so soll diese nicht mehr mit der Knospe vermarktet werden dürfen. Markennamen und Sortennamen müssen sich klar unterscheiden. Wenn eine Clubsorte für alle Knospe-Betriebe zugänglich ist, (natürlich gegen Bezahlung von Lizenzen), so könnte diese künftig weiterhin angebaut werden.

Ueli Künzle, Bergheimat, hat am 7.4.2015 einen Änderungsantrag eingereicht: Der Satz „Die Verwendung von Hybridsaatgut im Getreidebau (ausser Mais) ist nicht zulässig“, ist in den Grundsätzen und Zielen der Richtlinien zu belassen. Bei gentechnisch verändertem und Hybridsaatgut handelt es sich inhaltlich um vergleichbare Materialien, die in der Regel nicht vom Anwender selbst „hergestellt“ werden können.

Ruedi Vögele, Bio ZH-SH, beantragt folgende Ergänzung in den Richtlinien 2.2 Pflanzenzüchtung und -vermehrung. Der letzte Satz „Auf Knospe-Betrieben sind nur Sorten zugelassen, die allen Knospe-Produzenten in der Schweiz zugänglich sind.“, soll mit folgendem Satz ergänzt werden: „Über Ausnahmen entscheidet das Qualitätsgremium (Markenkommission Anbau).“ Ausnahmen sollen möglich bleiben, auch um die Innovation in der Züchtung zu fördern. Ruedi Vögele kann jedoch auch mit dem Änderungsantrag des Vorstandes „leben“. Er würde seinen Antrag im Falle einer Annahme des Änderungsantrages des Vorstandes zurückziehen.

Maurus Gerber, Bergheimat, bevorzugt die Formulierung im Antrag von Bio ZH-SH. Die Möglichkeit von Ausnahmen ausdrücklich verankern ist klarer. Der Begriff „grundsätzlich“ passt ihm nicht.

Christian Vogt, Bio Aargau, stellt spontan folgenden Änderungsantrag. Der Satz „Auf Knospe-Betrieben sind nur Sorten zugelassen, die allen Knospe-Produzenten in der Schweiz zugänglich sind“ soll durch folgenden Satz ersetzt werden: „Sorten, die gemanagt werden, z.B. sogenannte Clubsorten, können von der MKA als Knospe-Sorte aberkannt werden, falls die Nutzungsbedingungen für Vermehrung, Anbau und Vermarktung der Sorte den Prinzipien der Bio Suisse widersprechen.“ Damit wird das Prinzip umgekehrt. Alle Sorten sind zugelassen und die MKA kann im Bedarfsfall eine Sorte aberkennen. Beim Obstbau sind Clubsorten schon länger ein Thema. Die Züchtung ist international. Die meisten neuen Sorten haben einen Markenschutz. Das ist nicht unbedingt erfreulich. Neue Sorten sind aber wichtig, haben z.B. Resistenzen oder bessere geschmackliche Eigenschaften. „Die wollen wir nicht nur den konventionellen Kollegen überlassen“, meint der Obstbauer. Neue Sorten sollen nicht wie vom Vorstand vorgese-

hen, mit Ausnahmegesuchen eingesetzt werden. Es soll nur im Problemfall eingegriffen werden. Damit soll die Bürokratie vereinfacht werden.

Ruedi Vögele: Details gehören auf Weisungsebene, nicht in die Grundsätze und Ziele der Richtlinien. Er zieht seinen Antrag zurück und empfiehlt den Antrag des Vorstandes zur Annahme.

Res Bärtschi, MKA, möchte nicht, dass die MKA Ausnahmen selber regeln muss. Es braucht eine detaillierte Regelung auf Weisungsstufe. Bei der Inkraftsetzung der Weisung werden die Mitgliedorganisationen automatisch einbezogen. „Hybridisierung ist nicht gleichzusetzen mit Gentechnik, sonst hätten wir ein grösseres Problem im Biolandbau“, meint der MKA-Präsident.

Stephan Müller, FK Gemüse, stützt den Ergänzungsantrag des Vorstandes: „Handlungsspielraum ist nötig, denn es kommen rasch neue Sorten auf den Markt und wenn wir da lange Dienstwege einhalten müssen, landen diese bei konventionellen Produzenten“. Hybrid ist nicht Gentech.

Matthieu Glauser, Bio-Vaud, stützt den Antrag von Bergheimat, der bezweckt, dass der Satz „Die Verwendung von Hybridsaatgut im Getreidebau (ausser Mais) ist nicht zulässig“ in den Richtlinien belassen wird. Naturnahe Züchtung ist ein Ziel. Die Züchtungsmethoden, die natürliche Prozesse verwenden, müssen die Basis der Knospe-Produkte bilden, von der Pflanzenzüchtung bis hin zum fertigen Produkt. Hybridsaatgut im Getreidebau wird nicht durch naturnahe Züchtungsmethoden erhalten. Zudem ist der Produzent gezwungen, sein Saatgut alle Jahre neu bei einem Lieferanten zu kaufen. Mit dieser Züchtungsmethode ist eine Vermehrung „auf dem Hof“ ausgeschlossen. Hybridisierung verlangt den Einsatz von chemischen Substanzen. Es ist wichtig, dass dies weiterhin auf oberster Stufe in den Richtlinien steht.

Änderungsantrag Bergheimat

- ? Soll der Antrag von Bergheimat angenommen werden („Die Verwendung von Hybridsaatgut im Getreidebau ist nicht zulässig“ ist in den Richtlinien belassen)? ☞ **{wenige Stimmen}**
- ? Gegenmehr: Soll der Antrag abgelehnt werden? ☞ **{deutliches Mehr}**
- ? Enthaltungen? ☞ **{wenige Stimmen}**

Ausmehren Änderungsantrag Bio ZH-SH gegen Änderungsantrag Vorstand

- ? Soll der Änderungsantrag von Bio ZH-SH angenommen werden (Über Ausnahmen entscheidet das Qualitätsgremium/MKA)? ☞ **{4 Stimmen}**
- ? Soll der Änderungsantrag des Vorstandes angenommen werden (Ergänzung Begriff «grundsätzlich»)? ☞ **{grosses Mehr}**
- ? Enthaltungen? ☞ **{nicht erhoben}**

Ausmehren Antrag Vorstand gegen Änderungsantrag von Bio Aargau

- ? Soll der Antrag des Vorstandes angenommen werden (Auf Knospe-Betrieben sind grundsätzlich nur Sorten zugelassen, die allen Knospe-Produzenten zugänglich sind)? ☞ **{grosses Mehr}**
- ? Soll der Änderungsantrag von Bio Aargau angenommen werden (Clubsorten können von der MKA als Knospe-Sorte aberkannt werden)? ☞ **{1 Stimme}**
- ? Enthaltungen? ☞ **{nicht erhoben}**

Schlussabstimmung Richtlinien Pflanzenzüchtung und -vermehrung

- ? Sollen die Richtlinien Teil II Kapitel 2.2 geändert werden? ☞ **{grosses Mehr}**
- ? Gegenmehr: Soll die Richtlinienänderung abgelehnt werden? ☞ **{keine Gegenstimme}**
- ? Enthaltungen? ☞ **{1 Enthaltungen}**

⇒ **Die Grundsätze und Ziele in den Richtlinien Teil II Kapitel 2.2 „Pflanzenzüchtung und -vermehrung“, werden per 1.1.2016 gemäss Antrag in den DV-Unterlagen ergänzt, mit folgender zusätzlicher Änderung (unterstrichen):**

Auf Knospe-Betrieben sind grundsätzlich nur Sorten zugelassen, die allen Knospe-Produzenten in der Schweiz zugänglich sind.

3.2 **Graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion (GMF)**

Monika Rytz, Vorstand: Der Antrag auf Richtlinienänderung wurde vor einem Jahr verschoben. Der Vorstand beantragte damals, die Grundsätze in den Richtlinien Teil II Kapitel 4.2, Fütterung, mit einer GMF-Pflicht zu ergänzen. Der Vorstand beantragt nun, die Abstimmung über das Geschäft GMF um ein weiteres Jahr auf die Frühlings-DV 2016 zu verschieben. Zahlen zur Einschätzung der aktuellen Situation stehen erst im Herbst zur Verfügung. Falls eine oder mehrere Mitgliedorganisationen mit dem Antrag nicht einverstanden sind, können sie einen Antrag zur Richtlinienänderung einreichen. Falls keine Anträge eingehen, wird über das Geschäft nicht abgestimmt. Gespräche wurden mit Mutterkuh Schweiz und IP Suisse geführt. Fazit: GMF ist ein geeignetes Programm, aber noch verbesserungsfähig. Ein gemeinsamer Vorstoss beim Bund ist geplant. Ab 2018 soll ein dreistufiges Modell vorgeschlagen werden. Nicht mehr nach Zone abstufen, sondern nach Anteil Wiesen- und Weidefutter in der Ration, 75 %, 90 % und eine Variante mit null Prozent Kraftfutter. Möglicherweise ist es vorteilhaft GMF nicht als Programm in die Richtlinien aufzunehmen, sondern lediglich einen Mindestanteil Wiesen- und Weidefutter zu verankern. „Wir haben noch Zeit“, meint Monika Rytz, „nutzen wir diese Zeit“.

Kathrin Schneider, Bärner Bio Bure, hat am 13.4.2015 einen Antrag eingereicht. Die Bärner Bio Bure beantragen, die Grundsätze in den Richtlinien Teil II Kapitel 4.2, Fütterung, wie folgt zu ergänzen: „Ab 1.1.2018 muss die Fütterung der Raufutterverzehrer nach den Bestimmungen der graslandbasierten Milch- und Fleischproduktion (GMF) in Artikel 70 und 71 der DZV und dessen Ausführungsbestimmungen erfolgen.“ 94 Prozent der Biobetriebe im Kanton Bern haben sich gemäss Landwirtschaftsamt beim GMF Programm angemeldet. Jetzt soll Bio Suisse in den Richtlinien die strategische Richtung in der Wiederkäuerfütterung mit dem GMF-Programm verankern, der Knospe Argumente für die Werbung liefern und sich gegenüber der Wiesenmilch behaupten. „Wir möchten auch mehr Biobetriebe haben, aber das Signal muss klar sein, was für Betriebe wir suchen“, meint die Präsidentin der Bärner Bio Bure.

Felix Lang, Bio Nordwestschweiz, stört sich, dass der Antrag der Bärner Bio Bure kurzfristig und überraschend eingereicht wurde. So können demokratische Findungsprozesse in den Regionen mit der Basis nicht sauber ablaufen. „Wir gingen davon aus, dass heute nicht abgestimmt wird“ erklärt der Präsident von Bio NWCH. „Im Falle einer Annahme des Antrages überlegen wir uns gar rechtliche Schritte.“

Helmuth Gstöhl, Bio-Liechtenstein, empfiehlt, das Geschäft um ein weiteres Jahr zu verschieben. Die Diskussion mit der Basis wurde zu wenig geführt, es braucht noch Zeit.

Thomas Herwig, Bio-Jura: Mit GMF kann die Knospe nicht ausgelobt werden. Aus Marketingsicht müsste Bio Suisse von den Anbindeställen wegkommen.

Markus Schöni, Bio-Jura: Es ist sinnvoller, Mais auf dem eigenen Betrieb anzubauen als Luzerneheu aus Italien oder Soja aus Brasilien zu importieren.

Kathrin Schneider, Bärner Bio Bure, zieht den Antrag vom 13.4.2015 zurück. Eine Ablehnung des Antrages wäre problematisch. Die Diskussion ist wichtig und muss weiter geführt werden.

Urs Brändli: Somit gibt es heute keine Abstimmung. Das Geschäft wird in einem Jahr erneut vorgelegt.

⇒ **Das Geschäft „Verbindlichkeit der graslandbasierten Milch- und Fleischproduktion (GMF) ab 2018“ wird um ein weiteres Jahr verschoben.**

4 Informationsgeschäfte

4.1 Bericht über politische Geschäfte

Martin Bossard berichtet über die laufenden politischen Geschäfte. Der Schweizerische Bauernverband (SBV) hat 2014 die Volksinitiative „Für Ernährungssicherheit“ eingereicht, welche den Landwirtschaftsartikel in der Verfassung erweitern will. Der Vorstand hat dazu vorerst eine neutrale Haltung beschlossen. Wenn es zur Abstimmung kommt, wird die DV darüber diskutieren, abwägen und die Parole beschlies-

sen. Der Bundesrat schickte Anfang Jahr einen direkten Gegenentwurf in die Vernehmlassung, welcher der Ernährungssicherheit einen eigenen Verfassungsartikel geben will. Der SBV beurteilt den Gegenvorschlag skeptisch, da er nichts zur Förderung der inländischen Produktion beitrage und mit dem verlangten Zugang zu den internationalen Agrarmärkten die Schleusen für Importe noch mehr öffne. Der Vorstand von Bio Suisse als zuständiges Organ hat den direkten Gegenentwurf beraten und lehnt ihn ebenfalls ab. Begründung: Zum einen bedauert Bio Suisse, dass das wichtige Thema Ernährungssicherheit zu wenig umfassend und unter dem massiven Druck einer sehr eng gefassten Initiative bearbeitet wird. Die Initiative gibt den Rahmen vor, von dem sich der Gegenentwurf aus politisch-juristischen Gründen nicht lösen darf. Das Thema wäre nach Auffassung von Bio Suisse sehr viel umfassender zu diskutieren, bevor allenfalls Verfassungsänderungen vorgenommen werden. So ist beispielsweise die gefährliche Abhängigkeit von nicht erneuerbarer Energie, Düngemitteln, Saatgut und Pestiziden nirgends angesprochen. Oder: Agrotreibstoffe, Bekleidung oder Futtermittel stehen in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion und vermindern die Ernährungssicherheit – sie sind weder in der Initiative noch im Gegenentwurf ein Thema. „Wir schlagen darum vor, dass der Bundesrat dazu einen Ernährungsgipfel organisiert, um dem Thema den breiten Raum zu geben, den es verdient“, verdeutlicht Martin Bossard. Zum zweiten vertritt Bio Suisse die Auffassung, dass die Anliegen der Initiative und des Gegenentwurfs bereits in der Verfassung oder im Gesetz aufgenommen sind, namentlich die Nachhaltigkeit (Art. 73), der Umweltschutz (Art. 74), die Raumplanung (Art. 75), die Grundsätze der Wirtschaftsordnung mit der Prämisse der günstigen Rahmenbedingungen (Art. 94), die Landesversorgung (Art. 102) und die Landwirtschaft (Art. 104). Auch die Forderung nach weniger Bürokratie ist mit Art. 5 auf Verfassungsebene geregelt. Die Umsetzungen sind auf vielen Ebenen im Gang. Zu nennen sind die Agrarpolitik, der Aktionsplan Biodiversität oder die Revision des Raumplanungsgesetzes. Aus Sicht von Bio Suisse steht nun die Umsetzung der Agrarpolitik im Vordergrund. Die nötigen Korrekturen sind auf Verordnungsstufe zu realisieren. Eine Grundsatzdebatte über zwei Verfassungstexte würde viele unterschiedliche Gegner auf den Plan rufen und den Gesellschaftsvertrag im Bereich Landwirtschaft in Frage stellen, ohne dass dabei eine bessere Lösung erwartet werden kann. Bio Suisse bittet den Bundesrat, den direkten Gegenentwurf im Interesse der Sache zurückzuziehen.

Mehr und mehr Antibiotika verlieren ihre Wirkung, da Krankheitserreger dagegen resistent werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) und die Europäische Union räumen der Prävention und Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen eine hohe Priorität ein. Auch der Bundesrat hat sich im Rahmen seiner gesundheitspolitischen Prioritäten (Gesundheit 2020) entschlossen, eine nationale Strategie zu erarbeiten. Diese betrifft auch die Landwirtschaft, weshalb Bio Suisse dazu Stellung bezogen hat. Bio Suisse begrüsst eine nationale Strategie zur Reduktion des Antibiotikaeinsatzes. „Wir teilen im Grundsatz die Ziele der Strategie“, erklärt Martin Bossard. „Wir bezweifeln allerdings, dass die genannten Massnahmen dafür ausreichen und werden den Eindruck nicht los, dass die Schweiz mutlos und eher widerwillig EU-Recht nachvollzieht und Empfehlungen von OIE und WHO mit einiger Verspätung umsetzt.“ Für eine Spitzenposition reicht das Engagement nicht. Während einzelne EU-Länder den präventiven Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung seit Jahren verbieten, hat die Schweiz auch heute nicht den Mut dazu. Dies, obwohl mit dem Verbot zur Leistungsförderung ein erster Schritt bereits 1999 gemacht wurde. Der Verbrauch konnte in den Niederlanden zwischen 2008 und 2013 um die Hälfte reduziert werden. Im internationalen Feld steht die Schweiz bezüglich des Einsatzes von Antibiotika in der Landwirtschaft nur im Mittelfeld. Während in den skandinavischen Ländern zwischen 20 und 50 mg Antibiotika pro kg Schlachttier verabreicht werden, sind es in der Schweiz knapp 90 mg, was ungefähr dem Wert Deutschlands entspricht. Die Erwartungen der Konsumenten bezüglich der Schweizer Tierhaltung werden damit klar nicht erfüllt. Der Vorstand wünscht sich die Schweiz in einer Vorreiterrolle innerhalb Europas. Eine grosse Lücke besteht im Aktionsplan punkto Integration der komplementären Behandlungsformen, welche ergänzend oder alleine eingesetzt werden können. Bio Suisse fordert den stärkeren Einbezug von präventiven Massnahmen, welche die Verbesserung von Management und Tierwohl zum Ziel haben. Die Verbände sollen bei eigenen Massnahmen unterstützt werden (Beispielsweise die Projekte Provieh und Kometian). Die Tier- und Pflanzenzüchtung soll auf höhere Robustheit ausgerichtet werden. Bio Suisse ist grundsätzlich gegen den Einsatz von Antibiotika im Pflanzenbau. Deren Einsatz bewirkt naturgemäss in der belebten Umwelt – Pflanzen, Bodenleben, Tiere, Menschen, Gewässer, Luft – unabsehbare Folgen und ruft breite Resistenzbildung hervor.

Weiter berichtet Martin Bossard über die Verwendung von Pestiziden mit Helikoptersprühflügen und die Revision der Chemikalien-Risikoreduktionsverordnung. Die EU hat die Richtlinie dazu erlassen. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass das Spritzen oder Sprühen mit Luftfahrzeugen verboten ist und regeln die Ausnahmen. Die Schweiz passt die Verordnungen ebenfalls an. Es fanden zwei Workshops und zwei Anhörungen statt, welche von der Chemie, den Fluggesellschaften und den konventionellen Winzern dominiert wurden. Die Umweltorganisationen waren leider abwesend, da sie davon ausgingen, dass das weitgehende Verbot der EU von der Schweiz übernommen wird. Die Öffentlichkeit, die Medien und die Konsumenten erwarten, dass sich die Biolandwirtschaft für ein generelles Verbot des Pestizideinsatzes einsetzt. Alles andere ist kaum kommunizierbar.

Martin Ott, FiBL, dankt Bio Suisse und Martin Bossard für die erfolgreiche Zusammenarbeit in der politischen Lobbyarbeit in den vergangenen Jahren. Bisher erhielt das FiBL vom Bund jährlich einen Sockelbeitrag von 4,7 Mio Franken. „Wir dachten, zehn Prozent der Forschungsgelder des Bundes wären gerechtfertigt für die FiBL-Forschung“, erklärt der Stifungspräsident. Das Eigenlobbying war jedoch nicht sehr fruchtbar. Martin Bossard hat in der Funktion als Leiter Politik von Bio Suisse mehr zustande gebracht. Das FiBL hat bereits zwei Millionen Franken mehr Forschungsgelder erhalten und vielleicht werden es nächstes Jahr noch mehr sein. Martin Ott ist dankbar, dass Bio Suisse hinter dem FiBL steht. Er dankt auch für die grosszügigen Aufträge von Bio Suisse ans FiBL.

Martin Bossard: „Für uns gehört die Forschung und die Landwirtschaft zusammen.“ Er dankt ebenfalls für die hervorragende Zusammenarbeit mit dem FiBL und die Unterstützung aller politischen Parteien.

4.2 Referat Hans Rudolf Herren, Biovision

Zum Abschluss der Frühjahrs-DV stellte Hans Rudolf Herren, Präsident der Stiftung Biovision in Zürich und CEO des Millennium Institute in Washington, seine Vision für den Kurswechsel der globalen Landwirtschaft und der Ernährungssysteme vor. Er weist auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme hin und zeigt Lösungsansätze auf. Im Weltagrarbericht wurde bereits 2008 erwähnt, es sollte mehr in nachhaltige Landwirtschaft investiert werden. Gemacht wurde nicht viel. Es braucht einen Gesamtsystemansatz, es genügt nicht, ein bisschen weniger zu sprühen. 800 Mio. Menschen sind unterernährt, 1,5 Mia. Menschen sind übergewichtig oder gar fettleibig. 300 Mio. leiden unter Diabetes, Vergiftungen bei Produzenten und Konsumenten sind an der Tagesordnung. Das konventionelle Nahrungssystem braucht 10 kcal um 1 kcal zu erzeugen. Auch die Landwirtschaft muss helfen, das Energieproblem zu lösen. Die heutige Landwirtschaft verursacht mehr als 40 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen, nicht nur für Nahrungsmittelproduktion, auch für Biosprit. Erosion bringt Verlust von Biodiversität und Boden. „Wir produzieren heute Nahrungsmittel für 14 Mia. Leute“ erklärt Hans Herren. „Es gibt Verluste, Ernteverluste in den Entwicklungsländern, bei uns vor allem im Vertrieb und in den Haushalten“. Zudem wird viel Getreide in der Tierfütterung verwendet. Stickstoff, das wissen die Biobauern, das kann man selber produzieren. Nötig ist ein Kurswechsel. Es braucht eine Landwirtschaft die multifunktional und ökologisch ist, widerstandsfähig gegenüber ökologischen Störungen, die Ursachen der Probleme behandelt, die Teil der Lösung des Klimawandels ist, die externe Kosten internalisiert, die Menschheit ernährt und nicht füttert und zum Wohlstand führt und die Bäuerinnen und Bauern respektiert. Es geht nicht um die nähere Perspektive, sondern um die langfristige Zukunft. „Wir wollen einen Kurswechsel und daran müssen alle beteiligt sein, erklärt Hans Herren. „Der Wechsel funktioniert nur wenn wir auch den Konsum miteinbeziehen.“ Es wird keinen Ausweg geben. „Wir haben die Ressourcen nicht – Land und Wasser – um 10 Mia. Menschen nach dem westlichen Modell zu ernähren (Fleisch, Käse, Fisch, Süssigkeiten...).“ Die Bauern produzieren was die Leute kaufen und konsumieren. Die Leute müssen „grüner“ einkaufen. „Wir müssen viel aggressiver vorgehen“, ist Hans Herren überzeugt. „Es gibt Kräfte da draussen, gegen die wir ankämpfen müssen und dazu müssen wir mit den Konsumenten zusammenspannen.“ Es braucht eine Landwirtschaft, die mit dem Boden arbeitet nicht nur mit Chemie. Der Kurswechsel muss beschleunigt werden. Der tiefe Anteil an Biolandwirtschaft ist jämmerlich. 2050 werden zwei Mia. mehr Leute da sein und die brauchen Arbeit. Nötig sind politisches Engagement und Investitionen in förderliche Rahmenbedingungen, Internationale Nachhaltigkeitsentwicklungsziele, die für alle Länder gültig sind.

Rudi Beerli, Bio Genève, ist der Meinung, dass die Volksinitiative für Ernährungssouveränität genau diese Ziele aufnimmt: „Wir verlieren täglich drei Bauernhöfe, wenn wir mehr Menschen in der Landwirt-

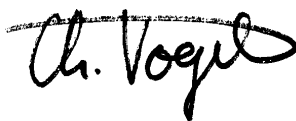
schaft haben wollen, muss die Wertschöpfung und Wertschätzung besser werden.“ Dieter Scheibler, Bio Aargau: Wer blockiert die Entwicklung des Biolandbaus in der Schweiz? Die Agrochemie oder andere Bauern? Hans Herren: Die Basler Chemie. Die Konsumenten müssen auf die Strasse gehen und sagen, „nein das wollen wir nicht“. Die Ausgaben für die Nahrungsmittel sind zu tief. Ein Teil der Kosten wird sozialisiert, z.B. Umweltschäden oder Gesundheitskosten aufgrund des Einsatzes von giftigen Stoffen wird durch die Allgemeinheit bezahlt. Andere Kosten können gar nicht monetär ausgedrückt werden, z.B. der Verlust an Biodiversität. Studien sind nötig. Martin Köchli, Bioforum: Den Konsumenten vom „Räuber“ (Ausbeuter) zum Mitgestalter machen. Die Leute wollen Bezug zur Landwirtschaft, also sollen sie einbezogen werden. Wo Beziehung besteht, kommt auch Verantwortung. Es braucht Werbung auf den Bauernhöfen oder via Bio Suisse mit grossen Plakaten. Thomas Marty, Bio Ostschweiz: Die Schulbildung sollte Nachhaltigkeit vermitteln und die Bevölkerung sollte korrekt informiert werden. In den Medien wird das Bild oft verzerrt. Hans Herren: „Wir müssen uns weltweit viel besser organisieren“. Die Gentechlobby hat professionelle Teams, die sehr schnell reagieren können. Der Biobewegung fehlt es an Koordination und Schlagkraft. Markus Schöni, Bio-Jura: Die Agromultis haben nicht nur Geld sondern Macht. Thomas Herwig, Bio-Jura, dankt für den interessanten und motivierenden Vortrag: „Wir brauchen mehr Mut“. Eine Revolution ist nötig, wie damals in der 68er-Bewegung. Im kapitalistischen System ist das Geld die treibende Kraft. Vitus Schafer, Bio Fribourg, dankt Hans Herren für seine Arbeit. Seine Botschaft ist bei uns angekommen: „Meine Botschaft heute Morgen betreffend Stärkung der Mitglieorganisationen, ist noch nicht bei allen angekommen.“

Urs Brändli dankt dem Welternährungspreisträger und Gründer der Stiftung Biovision für das hoch spannende Referat. Es braucht ein Umdenken der Gesellschaft, die Konsumenten müssen mitziehen. Bio Suisse ist mit der Nähe zur Konsumentenschaft auf gutem Kurs. Es braucht noch Geduld, bis Biolebensmittel nicht mehr teurer sind, die Kostenwahrheit zum Tragen kommt.

Basel, 23. April 2015



Urs Brändli
Präsident Bio Suisse



Christian Voegeli
Verbandskoordination